

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

21.1.1931 (No. 17)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkassento
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einj. 24 RM, einj. 24 RM, einj. 24 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. ...

Die Abrüstungsdebatte in Genf

Curtius, Henderson, Grandi, Briand

Der Völkerbundsrat begann, wie gemeldet, am Dienstag seine Beratungen über die Einberufung der Abrüstungskonferenz. Der deutsche Außenminister Dr. Curtius legte, wie mitgeteilt, nochmals die grundsätzliche Haltung Deutschlands in der Abrüstungsfrage dar. Henderson richtete einen dringenden Appell an die Staatsmitglieder, alles zu tun, damit die Abrüstungskonferenz zu einem Erfolg führe. Dann erklärte der italienische Außenminister, Grandi, daß eine nochmalige Verschiebung unter keinen Umständen erfolgen dürfe. Briand meinte, daß niemand versuchen wolle, die Einberufung der Abrüstungskonferenz zu verschleppen, die große Ergebnisse haben müsse, wenn sie den Völkern ein Gefühl der Sicherheit verschaffen wolle.

Briands Rede kann als ein Fortschritt gewertet werden. Daß er erneut behauptete, Frankreich habe durch den Umbau seiner Heeresorganisation bereits beträchtliches in der Abrüstung geleistet, war zu erwarten. Aber ausdrücklich hat er den Artikel 8 des Völkerbundespaktes als eine heilige Verpflichtung für alle Völker bezeichnet, und der Fortschritt lag in dem Anerkenntnis, daß die Abrüstung wegen der Sicherheit gefordert werden müsse. Außerdem versprach Briand, daß die Abrüstungskonferenz, die nur die erste ihrer Art sein werde, nicht nur eine Begrenzung der Rüstungen, sondern auch eine ernsthafte Herabsetzung des allgemeinen Rüstungsstandes herbeiführen und man nach späteren Konferenzen zu voller Gleichheit aller Rüstungen zu Wasser, zu Lande und zur Luft gelangen werde.

Eine englische Stimme

W.D. London, 21. Jan. (Tel.) Zu der gestrigen Rede Hendersons schreibt „New Chronicle“: In den letzten Monaten ist viel, allzuviel von der Gefahr eines neuen Krieges gesprochen worden. Solches Gerüchte ist aber mehr als alles andere für die allgemeine Abneigung gegen Abrüstungsverhandlungen verantwortlich. Bei der allgemeinen Abrüstungskonferenz in diesem oder im nächsten Jahr werden die Regierungen selbst vor Gericht stehen. Ihre Beschlüsse werden über das Schicksal der Nationen entscheiden. In dieser Generation wird es wohl nie wieder eine solche Gelegenheit geben, dem Gerüchte über den Krieg ein Ende zu machen und den Frieden zu verwirklichen.

Unter der Überschrift „Vertragsrevision“ veröffentlicht „Manchester Guardian“ einen Artikel Jacques Kayfers, des Sekretärs der Internationalen Liga für Menschenrechte, in dem dieser u. a. dafür eintritt, daß die Ausnahmebehandlung Deutschlands in der Abrüstungsfrage aufhören sollte, und zwar nicht dadurch, daß man Deutschland gestatte, aufzurüsten, sondern dadurch, daß man die anderen Staaten veranlasse, in gleichem Maße abzurüsten. Die Entmilitarisierung der Rheinlandzone sollte ein Vorbild sein, nach dem alle anderen Grenzgebiete ebenfalls entmilitarisiert werden könnten.

Die Europakonferenz Die deutschen Agrarzölle

Die Europakonferenz in Genf, die sich länger hinzieht, als ursprünglich angenommen wurde, dürfte im Monat Mai auf neue zusammenzutreten. In den bisherigen Debatten hat sich gezeigt, daß auch diese Waiatagung hauptsächlich wirtschaftlichen Fragen gewidmet sein wird.

In der Dienstagmorgenmitemtagung führte Reichsaussenminister Dr. Curtius aus: Was Deutschland betreffe, so könnte der notwendige Zollabbau durch Verhandlungen mit Frankreich, und zweitens auf autonomem Wege erzielt werden. Anders läge es auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Zölle. Um überhaupt die nackte Existenz ihrer Landwirtschaft zu erhalten, sah sich die deutsche Regierung zu Zollmaßnahmen gezwungen. Die Gründe für diese unvermeidlichen Zollhöhen lagen in der Haltung wichtiger außereuropäischer Länder. Für eine planmäßige Verringerung der Einfuhr, die notwendig sei, gebe es keine andere Möglichkeit, als die einheimische, vornehmlich die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und die möglichste Fernhaltung entbehrlicher Güter.

Die Konferenz hat ohne Aussprache den Vorschlag, die europäischen Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes (Australien und die Türkei) zu den Arbeiten über die Wirtschaftspragen einzuladen, angenommen.

Loucheurs internationaler Wirtschaftskplan

W.D. Paris, 21. Jan. (Tel.) Der außenpolitische Berichterstatter des „Echo de Paris“ in Genf glaubt berichten zu können, daß Loucheur heute dem Wirtschaftsausschuß der Europäischen Studienkommission einen Programmentwurf unterbreiten wird, der folgende Punkte enthält:

1. Maßnahmen, um die Getreideernte 1930, soweit sie noch nicht verkauft ist, unterzubringen; 2. in Zukunft sollen die Erzeugnisse der aderbaureichenden Staaten im Rahmen bestimmter Kontingente zu einem ermäßigten Zollfuß eingeführt werden können. Eine durch besondere Abgaben zu speisende Ausgleichskasse soll den Landwirten behilflich sein, über schwere Jahre hinwegzukommen; 3. Organisation einer internationalen Bank für Landwirtschaftskredite, die die Kapitalkosten den Landwirtschaftsbanken in den einzelnen Ländern

Letzte Nachrichten

Die deutschen Beschwerden gegen Polen

Die Rede des Reichsaussenministers in Genf

W.D. Genf, 21. Jan. (Tel.) Im Völkerbundsrat haben heute früh in öffentlicher Sitzung die Verhandlungen über die deutschen Beschwerden gegen Polen bezüglich der Terrorakte während der Wahlzeit in Polnisch-Oberschlesien begonnen. Daß es sich um eine der bedeutungsvollsten Sitzungen handelt, die — neben der Abrüstungsfrage — alle anderen zur Verhandlung kommenden Fragen mehr oder minder in den Hintergrund drängt, geht aus dem großen Andrang des Publikums und der Presse hervor. Pünktlich um 10.30 Uhr erschien Dr. Curtius im Saale. Etwa 10 Minuten später folgte Jakseli. Der Vorstehende Henderson eröffnete darauf die Sitzung und erteilte dem deutschen Außenminister das Wort. Dr. Curtius vertrat die deutsche Beschwerde gegen die Organisation der polnischen Aufständischen, insbesondere soweit die polnische Regierung dieser Organisation Unterstützung leistete.

Nach Behandlung der einzelnen terroristischen Akte widerlegte Dr. Curtius die Gegenargumente der polnischen Note. Dr. Curtius schloß mit der Aufforderung an den Rat, zu prüfen, ob die Zusicherungen Polens in seiner Note als ausreichend anzusehen seien, das geschehene Unrecht auch nur einigermaßen wieder gutzumachen. Der Reichsaussenminister forderte, daß die Wiedergutmachung auch praktisch durchgeführt werde, und daß der Rat alle nach Lage der Sache denkbaren Garantien treffe. Vor allem forderte er, daß Vorfälle gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse getroffen werde. Noch einmal wies er auf die schwere Gefahr für die Minderheit in Oberschlesien, die Aktivität des militärisch organisierten Verbandes der Aufständischen hin, der in engem Zusammengehen mit maßgebenden polnischen Staatsangehörigen eine ständige schwere Bedrohung der Minderheit darstelle. Mit dieser Organisation und ihren Beziehungen zu amtlichen Stellen müsse sich der Völkerbundsrat eingehend befassen. Das System müsse geändert werden und in der Verwaltung sei personelle Gewähr für unparteiische Handhabung der Minderheitenschutzbestimmungen zu geben.

Die letzten Worte des Ministers lauteten: Eine Veruhigung der Minderheiten, die im Interesse aller Staaten, im Interesse des allgemeinen Friedens liegt, ist nur zu erreichen, wenn die Verletzung der Verträge klar festgestellt wird, wenn eine ausreichende Sühne und Wiedergutmachung eintritt, und wenn die Maßnahmen für die Zukunft von dem aufrichtigen Willen aller Völkerbundsmächte getragen werden, die Heiligkeit der Minderheitenrechte nicht antasten zu lassen.

Die amerikanische Prohibition

Hoover für Verbeibhaltung

Der vom Präsidenten Hoover eingesetzte Ausschuß, der sich unter dem Vorsitz des früheren Generalanwaltes Wilderham vornehmlich mit der Durchführung des Prohibitionsgesetzes befaßt, hat nunmehr seinen vom ganzen Lande mit Spannung erwarteten Bericht vorgelegt.

Die tiefgehende Spaltung, die in der Prohibitionsfrage innerhalb des amerikanischen Volkes eingetreten ist, spiegelt sich auch in dem Bericht wieder. Trotz der 1 1/2-jährigen Beratung haben die elf angesehenen Männer, die dem Ausschuß angehören, keine eindeutige oder einmütige Entscheidung fällen können. Sie sind sich nur darüber einig, daß die bisherige Durchführung des Prohibitionsgesetzes unbefriedigend sei. Sie schlagen keine bestimmte Lösung des Problems vor, sondern bieten in einem von 10 Mitgliedern unterzeichneten Mehrheitsbericht lediglich verlaufene Kompromisse dar. Außerdem hat jedes Ausschußmitglied einen eigenen Bericht unterbreitet. Zwei Mitglieder fordern darin die völlige Aufhebung der Prohibition. Vier andere treten für eine Abänderung ein; zwei schlagen vor, die Frage einem Volksentscheid zu unterbreiten, und die übrigen drei sprechen sich für die Verbeibhaltung und eine energische Durchführung des Alkoholverbotes aus. Hoover selbst spricht sich in einer Sonderbotschaft für bedingungslose Verbeibhaltung der gegenwärtigen Prohibitionsgesetzgebung aus. Er lehnt ausdrücklich und scharf die Ansicht der Kommission ab, daß der 18. Nachtrag zur Verfassung, falls seine Durchführung weiterhin nicht erfolgreich sein würde, abgeändert werden sollte.

zuführen sollen, unter Vereinheitlichung der Hypothekengesetzgebung, damit die Zinsen für landwirtschaftliche Kredite, namentlich in Osteuropa, sinken.

Nach dem in Genf weilenden Außenpolitiker des Blattes Loucheurs, des „Petit Journal“, wird die geplante Landwirtschaftskreditbank in Basel bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gegründet werden und im übrigen direkt mit den Landwirtschaftsbanken der einzelnen Länder in Verbindung treten.

Wirtschaftsberatung der Kommunalverwaltungen

Einrichtungen zur Kassen- und Rechnungsprüfung bestehen natürlich in allen größeren Städten; in kleineren Städten und in den Landgemeinden beschränkt man sich meist auf eine mehr formale Prüfung. Die Spitzenorganisationen der deutschen Städte haben es aber für notwendig gehalten, die vorhandenen kommunalen Revisionsinstitutionen nach der organisatorisch-wirtschaftlichen Seite auszubauen. Auf Grund der vom Deutschen Städtetage aufgestellten Richtlinien für die Organisation des kommunalen Prüfungswesens haben die Landes- und Provinzial-Städtetage nahezu einmütig beschlossen, überörtliche Revisionsinstitutionen zu schaffen. Die Mehrzahl der in Betracht kommenden Städte hat bereits ihre Beteiligung beschlossen. Die Organisation des Revisionsapparates wird überall betrieben.

Träger der überörtlichen Revision sollen die Landes- und Provinzial-Städtetage sein. Sie gliedern sich zu diesem Zweck eine Revisionsabteilung an, die bei der Durchführung ihrer Aufgaben durchaus unabhängig und selbständig arbeiten soll. Aufgabe dieser überörtlichen Revisionsstellen wird es sein, die Tätigkeit der örtlichen Revisionsinstanzen in den verschiedenen Richtungen, insbesondere auf organisatorischem und betriebswirtschaftlichem Gebiet wirksam zu ergänzen. Im Bereiche der kommunalen Hoheitsverwaltungen werden sie die Organisation des Kassen-, Rechnungs- und Prüfungsapparates in den einzelnen Städten auf ihre Zweckmäßigkeit hin zu prüfen haben. Sie werden ferner feststellen müssen, ob die Kassen- und Rechnungsführung zuverlässig ist, ob der Haushalt im Rahmen der Beschlüsse der städtischen Organe ordnungsmäßig geführt und ob diese Haushaltsführung gehörig kontrolliert wird. Auch die Zweckmäßigkeit der Organisation der Verwaltungen wird Gegenstand der Prüfung durch die überörtlichen Stellen sein.

Eine besondere Behandlung wird die Prüfung der kommunalen Wirtschaftsbetriebe erfordern. Hier sind nicht nur die Kassen- und Rechnungskontrolle sowie Prüfung der Verwaltungsorganisation notwendig, sondern auch eine Nachprüfung der städtischen Betriebe auf ihre Wirtschaftlichkeit. Sowohl die Regiebetriebe als auch die in privatrechtlicher Form geführten kommunalen Betriebe bedürfen derartiger regelmäßiger Prüfungen. Soweit es sich dabei insbesondere um die Wirtschaftsberatung der Betriebe handelt, ist eine neue und außergewöhnlich schwierige Aufgabe gestellt. Es ist klar, daß sie im wesentlichen den überörtlichen Prüfungsstellen zufallen wird. Sie dürfte auch von ihnen nur in jahrelanger mühevoller Aufbaubarbeit befriedigend bewältigt werden können. Männer der Wirtschaft und der Kommunalverwaltung werden hier zusammenarbeiten müssen, um das gesteckte Ziel produktiver Wirtschaftsberatung zu erreichen. Die Revisionsstellen werden mit den letzten Erkenntnissen der modernen Betriebswirtschaftslehre und mit den Erfahrungen der Praxis arbeiten müssen. Auf die Durchführung umfassender Betriebsvergleiche wird besonderer Wert zu legen sein.

Um eine solche leistungsfähige, unabhängige Wirtschaftskontrolle einheitlich und wirksam zu gestalten, und um dabei die in den einzelnen Ländern und Provinzen gemachten Erfahrungen für das ganze Reich zu verwerten, hat der Deutsche Städtetag gemeinsam mit den großen Fachorganisationen der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft sowie mit den großen Verkehrsunternehmen die „Wirtschaftsberatung Deutscher Städte, Versorgungs- und Verkehrsunternehmen AG.“ ins Leben gerufen. Die neue Gesellschaft soll Aufträge zur Revision großer kommunaler oder mit den Kommunen unmittelbar oder mittelbar verbundenen Unternehmungen und Betrieben annehmen und durchführen, aber auch gleichzeitig die einzelnen Verwaltungen und Betriebe auf Grund der Ergebnisse und Erfahrungen, die sie sich bei den Prüfungen erwirbt, durch produktive Wirtschaftsberatungen fördern.

Ausweisung von Börsenspekulanten aus Frankreich

W.D. Paris, 21. Jan. (Tel.) Nachdem der „Matin“ vor mehreren Tagen von einer angeblichen Baisse Spekulation einer deutsch-holländischen Gruppe an der Pariser Börse gesprochen hatte, die zu einer Untersuchung geführt habe, berichtet das „Echo de Paris“ heute, der französische Innenminister habe auf Vorschlag des Polizeipräsidenten von Paris die Ausweisung zweier Ausländer aus Frankreich verfügt, und zwar des Italieners Leo Goldschmidt und des Russen Willeim Falkenberg, die für Rechnung einer großen deutsch-holländischen Gruppe an der Pariser Wertpapierbörse Manöver ausgeführt haben sollen, die dem französischen Nationalinteresse schädlich gewesen seien.

Die Wagen des Riviera-Expres

Kürzlich hatte die „Klar. Ztg.“ die Frage gestellt, warum die Wagen des Deutschland, die Schweiz und Italien durchfahrenden Riviera-Expres ausgerechnet aus einer englischen Waggonfabrik stammen und ob sich nicht Wege finden hätten lassen, den Auftrag zum mindesten der Industrie der durchfahrenden Länder zuzumachen zu lassen.

Gegen das politische Rowdium

Die täglichen politischen Schlägereien haben die konservative „Kreuzzeitung“, das Organ des Grafen Westarp, zu einer Warnung und zu einem Protest veranlaßt. Die „Kreuzzeitung“ schreibt u. a.: „Der Jugend muß gesagt werden, daß mit Radau und Krawall und mit „Kämpfen“ in der seit der Revolution von 1918 üblich gewordenen Art sie sich nur die Jüge eigenen reinlichen, idealen Wollens verzerrt und zum Böbel wird.“

Ein durchrevolutioniertes Deutschland würde natürlich keinen Frennig seiner öffentlichen wie privaten Schulden begleichen können und damit der Weltwirtschaft einen neuen entscheidenden Ruff in der Richtung nach unten verfehen.

Beamte und Stahlhelm in Preußen

Der Disziplinarhof für die nichtrichtlichen Beamten in Berlin, hatte vor einiger Zeit in einer Berufsangelegenheit gegen einen Polizeibeamten zu verhandeln, der an einer öffentlichen Veranstaltung des „Stahlhelm“ als Tambourmajor in Stahlhelmkleidung teilgenommen hatte.

Ein neuer Rekord des Schnelldampfers „Bremen“

Der „New York“, 21. Jan. (Tel.) Der Schnelldampfer „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd, der gestern hier eintraf, hat die Fahrt Bremen-New York in 6 Tagen und 3 Stunden zurückgelegt und damit den bisher von seinem Schwesterdampfer „Europa“ gehaltenen Rekord für diese Strecke um 3 Stunden geschlagen.

Badisches Landesbheater

Ernst Arenels neue Oper:

„Leben des Drest“

Des jungen und so fleißigen Osterreichters — Ernst Arenel hält heute trotz seiner 30 Jahre schon bei der erstaunlich hohen Opuszahl 65 — neueste Bühnenschöpfung, das „Leben des Drest“, der beachtete Theatererfolg der letzten Saison, ist knapp ein Jahr nach der Leipziger Premiere nun auch am Badischen Landesbheater zur Erstaufführung gekommen.

Im vorliegenden Fall scheint freilich der Versuch, mit den Mitteln einer „großen Oper“ dem musikalischen Theater zu geben, was des Theaters seit je war und sein sollte, nicht reiflos gelungen, und in mehrfacher Hinsicht dünkt uns der Komponist, der auch sein eigener Textdichter wieder (wie in „Jonny spielt auf“) ist, dadurch gehemmt, daß er eben den stärksten Gegenbeweis der „sterbenden“ oder angeblich schon „toten“ Oper liefern wollte.

Kurze Nachrichten

Graf Verhegenfeld wird Gesandter in Brüssel. Für den Gesandtschaftsposten in Brüssel, der durch den Weggang Horstmanns frei geworden ist, ist Graf Verhegenfeld, gegenwärtig Gesandter in Wien, ausersehen. Wien soll, wie schon mitgeteilt, durch den Votschaftsrat Rieth an der Votschaft in Paris besetzt werden.

Die neuen Mitglieder der Beratungskommission. Zu die bisherige Beratungskommission für Auslandsanleihen, deren neue Funktionen mehrfach geschilbert wurden, wird die Reichsbank zukünftig Geh. Finanzrat Dr. Friedrich delegieren an Stelle des jetzt der B.Z. angehörenden Dr. Hülse; als kommunale Sachverständige werden der Präsident des Städtetages, Dr. Muler, und Präsident Kleiner (Deutsche Girozentrale) einreten.

Der bayerische Ministerrat beschloß, Klage beim Staatsgerichtshof wegen des Steuervereinfachungsgesetzes zu erheben. Die Klage wird mit der Begründung in kürzester Frist abgehen.

Spyonage für Frankreich. Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte den früheren Obergeleiteten der Reichswehr, Friedrich Serve aus Paderborn, wegen fortgesetzten Verrats militärischer Geheimnisse an Frankreich zu 15 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der Ehrenrechte auf 10 Jahre.

Einigung in der Kalkindustrie. Zwischen dem Arbeitgeberverband der Kalkindustrie und den Gewerkschaften ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach das Mehrarbeitsabkommen vom 22. Januar 1929, der allgemeine Tarifvertrag vom 1. Juni 1922 und der Lohnarif vom 1. Februar 1929 bis auf weiteres verlängert werden.

Disziplinarverfahren gegen Thüringer Pfarrer. Der thüringische Landeskirchenrat hat gegen die Pfarrer D. Emil Fuchs, Eisenach, Kohlfeld, Apolda, Kleinschmidt, Eisenach und von Büchen, Wöhrenbach, das formale Disziplinarverfahren eröffnet. Sie werden beschuldigt, entgegen einer Verfügung aktiv politisch tätig zu sein.

Die Besichtigung der „Baden“ vor dem Seamt. Das Hamburger Seamt wird unter dem Vorsitz von Direktor Dr. A. Schön am Freitag, den 23. Januar, über die Besichtigung des Dampfers „Baden“ in der Hafeneinfahrt von Rio de Janeiro am 27. Oktober v. J. verhandeln.

Verbilligter Straßenbahnverkehr. In einigen deutschen Städten, so u. a. in Düsseldorf, hat man den Versuch gemacht, die bisherigen 20-Pf.-Fahrpreise der Straßenbahn ganz oder für die Vormittagsstunden auf 15 Pf. zu ermäßigen. Soweit sich bisher erkennen läßt, ist der Versuch geglückt. Der Kurzstreckenverkehr ist bedeutend gestiegen.

Der Ständige Internationale Gerichtshof in Haag hielt am Dienstag im Großen Sitzungssaal des Hager Friedenspalastes die erste konstituierende Sitzung in seiner neuen, im September 1920 in Genf beschlossenen Zusammensetzung. An der Sitzung nahmen 12 Richter, darunter zum erstenmal das deutsche Mitglied, Prof. Schönding, teil.

Kürzung der Beamtengehälter in Argentinien. Die argentinische Regierung hat beschloßen, zur Ausgleichung des Defizits die Beamtengehälter um 10 Proz. zu kürzen. Durch diese Maßnahmen würden 35 bis 40 Millionen Pesos eingespart werden.

Fürsorge in Gestalt von Naturalleistungen

In einigen Gemeinden sind die Fürsorgepflichtigen dazu übergegangen, Naturalunterstützungen zu gewähren. Vereinzelt geschieht das auch in Gestalt einer zusätzlichen Leistung. Besonders dankenswert ist es natürlich, wenn hierbei private Gewerbe durch Verbilligung mithelfen. So haben, wie die „Saale-Zeitung“ kürzlich mitteilen konnte, in Halle a. d. S. die Wäder sich bereit erklärt, in den Wintermonaten an die vom Jugend- oder Fürsorgeamt unterstützten Personen billigeres Brot abzugeben.

Die bayerische Zugspitzbahn vollendet

In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste wurde am Dienstag der letzte Teil der bayerischen Zugspitzbahn, die Seilbahn, von dem 2650 Meter hochgelegenen Schneeferner-Haus zu der zwischen dem Ost- und dem Westgipfel der Zugspitze in fast 3000 Meter Höhe gelegenen Bergstation eröffnet. Mit der Inbetriebnahme der Seilbahn, die einen Höhenunterschied von fast 300 Meter bei einer Streckenlänge von 725 Meter in vier bis fünf Minuten Fahrzeit überwindet, wurde gleichzeitig auch das neuerbaute Hotel „Schneeferner-Haus“ eröffnet, das 50 Gänge aufnehmen kann, während das alte Schneeferner-Haus, das als Touristenhaus in den nächsten Wochen eröffnet werden wird, Raum für 115 Gäste bieten wird.

Lawineneigung in Oberbayern

An der Ostseite der Benediktenwand in Oberbayern wurde am Dienstagmorgen ein Sturz der bayerischen Landespolizei von einer Lawine überrascht. 9 Mann wurden in die Tiefe gerissen. Einer konnte bald bewußtlos, einer nach übermenschlicher Arbeit der Rettungsexpedition abends 10 Uhr schwerverletzt geborgen werden. Das Unglück ereignete sich auf etwa 1700 Meter Höhe in der Nähe der Krotten-Alm, in welcher die Landespolizei zu einem Sturz untergebracht war. Nachmittags ging die Lawine, während die Kursteilnehmer am Steilhang zwischen dem Benediktenwand-Ofen und den Hahnenköpfen übten, nieder, und riß 9 Mann mit sich in die Tiefe. Von der Krotten-Alm wurde nach Hilfe telephoniert. Wegen der stark vereisten Wege konnten die Hilfsmannschaften erst spät abends an die Unfallstelle gelangen.

Kleine Chronik

In Stuttgart hat nach ebeiden Zwifligkeiten Dienstag abend der Kaufmann Sigmund eine Frau durch zwei Schüsse in Brust und Kopf getötet und dann sich selbst durch einen Schuß in die Schläfe das Leben genommen. — In Gannstatt hat eine alleinstehende Dame, die zu Schwermet neigte, ihr 12jähriges Kind, ihren Hund und dann sich selbst erschossen.

Ein Influenza-Epidemie ist auch in Basel ausgebrochen. In der Zeit vom 11. bis 18. Januar betrug die Zahl der Kranken 1073 gegen 33 in der Vorwoche. Der Verlauf der Epidemie ist im allgemeinen verhältnismäßig leicht, doch sind auch schon einige Lungenentzündungen aufgetreten.

In Innsbruck tritt die Grippe sehr stark auf. In einzelnen Amien ist ein Drittel der Angestellten, in mehreren Schulen die Hälfte der Kinder, und beim Alpenjägerregiment sind nahezu 200 Mann erkrankt. Die Krankheit nimmt aber durchweg einen harmlosen Verlauf.

Der ehemalige ungarische Minister des Innern, Odon Beniczky, hat sich auf einer Straßenbahn in Ofen durch einen Revolvererschuß in den Kopf getötet.

Das Ende des Copyright. In Washington wurde, wie gemeldet, das Gesetz über die Neuregelung des Urheberrechts mit 185 gegen 34 Stimmen angenommen; die Vorlage geht nun dem Senat zu. Damit ist Amerika auf dem Wege, der Berner Konvention beizutreten, was infolgedessen von weittragender Bedeutung ist, als damit automatisch die Werke der Autoren aller Länder unter Urheberrecht stehen, die der Berner Konvention angehören. Das Copyright, das bisher allein solchen Rechtschützern, ist in den Vereinigten Staaten von Amerika garantiert, ist damit um seine Ausschließlichkeit gekommen, außerdem soll die Vorlage auch vorsehen, daß die einzelnen Rechte (Verfilmung, Vertonung, Radiosendung) einzeln geschützt werden können.

Die Zukunft Bayreuths. Frau Winifred Wagner hat als Nachfolger Siegfried Wagners in der künstlerischen Leitung der Bayreuther Festspiele Heinz Tietjen und in der musikalischen Leitung Wilhelm Furtwängler berufen. Der preußische Kultusminister hat Tietjen seine Ermächtigung zur Annahme der Berufung erteilt, ebenso hat Furtwängler seine Zusage gegeben. Diese Neuordnung wird erst 1933 in Kraft treten, da nach dem Willen Siegfried Wagners die diesjährigen Festspiele in unveränderter Form stattfinden. Wilhelm Furtwängler hat sich aber freundschaftsweise bereit erklärt, schon in diesem Jahre die Leitung von „Tristan und Isolde“ zu übernehmen.

Der Vater-Rhein-Brunnen in München. Die Stadt München befindet sich seit zwei Jahren im Besitze des sogenannten Vater-Rhein-Brunnens, der ein Werk des großen Münchener Bildhauers Adolf v. Hildebrand ist und zuletzt in Straßburg aufgestellt gewesen ist, wo er nach dem Weltkriege von den Franzosen entfernt wurde. Im Wege eines Austauschgeschäftes kam der Brunnen in den Besitz der Stadt München. Der Stadtrat hat nun beschloßen, diese umfangreiche Brunnenanlage auf der Kalkinsel an der Ludwigsbrücke, gegenüber dem Deutschen Museum, aufzustellen.

ndimenten die Vermutung stützen, der Autor wolle zugunsten einer überlegenen Ironie die barbarische Geschichte des Atriden-Geschlechts quasi als Offenbachsche abwandeln. An diesbezüglichen Kompletts und Bonmots, auch an entsprechenden Ballettmusik fehlt es sicherlich nicht. Dann freilich ändert sich medusenhaft der Ausdruck; im schlagenden Wetter der scharf einandergelegten folgenden Szenen enthüllt sich die ganze Tragik des Stoffes und der stärkste Ausdruck des Stükes wird mit dem sechsten Bild erreicht, dort, wo man schauernd in den Abgrund tierischer Herrschermenschen hineinblickt, denen da plöglich der reine Knabe Drest gleichsam als Rächer des Himmels gegenübertritt. Hier ist auch musikalisch zweifellos der Gipfel- und Höhepunkt erklimmen, von dieser Stelle an stockt aber auch des jungen Musikdramatikers anscheinend unverbrauchte Kraft. Denn alles Weitere ist nur noch flug berechnete und geschickt angelegte Säufung äußerer Mittel, und daß der wandernde Drest, bevor er aus dem Jergarten der Fremde heimkehrt, nun ebenfalls in jenes eilige Nordland verschlagen wird, das beim Magier König Thoas seiner Schwester Iphigenie Unterkunft gewährt, vermag den Spannungsgrad ebensowenig zu steigern wie die endliche Entfaltung vor dem athenischen Areopag dank der gnädigen Mithilfe einer dea ex machina.

Wir wiederholen indessen nochmals: Es wäre falsch, bei aller fehlenden Reife — wie sollte überhaupt ein Dreißigjähriger mit solch ästhetischem Stoff fertig werden? — eine ungeheure Könnenerschaft und eine unbedingt ehrliche, wenn schon mitunter rücksichtslos sachliche Schilderung zu leugnen. Und weil das Werk Arenels immerhin eine bedeutende Station auf einem neuen Weg ist, der frischpulverndes Blut der Oper zuzuführen verspricht, deshalb gebührt auch der badischen Landesbühne doppelt uneingeschränktes Lob dafür, daß sie uns die Novität so rasch vermittelt hat. Aberdies durch eine Aufführung, die überraschend gut auf die verlangte völlige Veränderung der Einstellung zum „Opernhafen“, auf die peinlichste Ausschaltung jeder Sentimentalität einging. Schon Josef Krips, der musikalische Führer, fand die lebendig machende Beziehung zum eigenartigen Klang der Partitur, so daß der Hörer willig ihren dynamischen Verlauf verfolgen konnte, ohne doch je von dissonanten Überlagerungen erdrückt zu werden. Nicht minder ergab sich zwischen Bühnenbild (Torsten Dacht) und Darstellung (Gesamtregie: Viktor Pruscha) eine innere und zwingende Geschlossenheit. Mit sehr respektablen Leistungen waren auch alle Mitwirkenden bei der Sache, wobei das größte Verdienst wohl dem Theaterchor zufällt, der seine diffizile Aufgabe, von Georg Hofmann prächtig einstudiert, geradezu glänzend bewältigte. Von den eigentlichen Solisten boten, gemessen an den Normen des sonstigen Opernbetriebs, vor allem Carlsten Derner (Drest), und Willy Zillen (Hameanon), aber auch Adolf Schöpplin (Thoas) und Wilhelm Rent-

wig (Aegisth) Außergewöhnliches. Unter den Damen muß an erster Stelle Lotte Fischbach genannt werden, die als Hamar außerhalb ihres bisherigen Wirkungskreises etwas ganz Verblüffendes vollbrachte. Nicht minder fügten Elise Grünwald-Seyfert (Klytämnestra), Fina Reich-Dörich (Elektra) und Elise Blant (Iphigenie) den singenden und darstellenden Weisheiten zu einem Begriff, wie er in Wahrheit hier gar nicht zu trennen ist. Denn der „Drest“, auch dies ist sein unbedingter Vorzug, basiert durchaus auf der Volalität und hält genaueste Proportion zwischen den Singstimmen und Begleitorgeln, so sehr übrigens, daß selbst die in kleinsten Rollen Beschäftigten zu klarer Geltung kamen.

Daß das Werk nicht nur eine Angelegenheit für Musikspezialisten ist, ja auch keineswegs den kleinen Kreis von Menschen allein angeht, den man bisher als „Opernpublikum“ zu charakterisieren pflegte, zeigte der warme Beifall des Hauses, der nach Schluß sogar eine ungewohnt fürnische Dimension annahm. Feststehend war er von guter Vorbedeutung für die nächsten Vorstellungen, die doch wohl zu erweisen haben, ob das Karlsruher Publikum wirklich aufnahmefähig ist für Opernovitäten, deren Sonderheit irgendwie wieder im allgemeinen wurzelt.

Gemeinderundschau

Gegen die Gemeindegetränksteuer

Eine Vertreterversammlung des Badischen Gastwirteverbandes in Karlsruhe nahm in diesen Tagen Stellung gegen die Gemeindegetränksteuer.

Die da und dort bereits seit 1. Januar eingeführte Steuer habe — so wird mitgeteilt — bereits die katastrophalsten Folgen zur Auswirkung gehabt. Ein durchschnittlich bis 50prozentiger Konsumrückgang mit seinen Entlassungen von Angestellten, eine sehr starke Opposition aus Konsumentenkreisen gegen die Steuererhebung seien das derzeitige Bild der Lage. Sämtliche Abwehrmaßnahmen ergreifen zu sollen. Die Vertreter der Grenzstädte sprachen sich über die besonderen Auswirkungen an der Grenze aus. Insbesondere kamen Schweizer Pressestimmen zur Verlesung, worin aufgefordert wird, nicht über die Grenze nach Deutschland zu gehen, um diese Steuer für Deutschland zu zahlen. Auch ist zu beobachten, daß eine sehr erhebliche Anzahl deutscher Bürger nach der Schweiz oder nach dem Elsaß abwandern. Alle noch so schönen Werbemaßnahmen für den Fremdenverkehr seien für das Grenzland Baden zwecklos, angesichts dieser Belastung. Die Steuererträge würden sehr weit hinter dem zurückbleiben, was sich die Städte von ihr erhofften; es sei daher notwendig, raschestens für die Zurückziehung der Gemeindegetränksteuer zu sorgen.

Der Kampf um die Biersteuer in Weinheim. Eine Abordnung des Gastwirtevereins wurde beim Stadtrat in Weinheim vorstellig wegen Aufhebung der erhöhten Ortsgemeindegewerbesteuer. Der Stadtrat befaßt sich auch mit zwei anderweitigen Dedungsmöglichkeiten, um die Biersteuererhöhung in Fortfall zu bringen. Die Mehrheit des Stadtrats war aber für diese Anträge nicht zu haben. Die Gastwirte werden sich jetzt an den Landeskommissar in Mannheim wenden. Der Bierstreit nimmt seinen Fortgang.

Kreisversammlung Mosbach. In den Kreisrat wurden gewählt: 5 Zentrum, 1 Rechtsgruppe, 2 Nationalsozialisten. Die Wahl des Vorsitzenden fiel mit sämtlichen Stimmen des Zentrums, des Evangelischen Volksdienstes, des Rechtsblocks, des nationalen Blocks und der Sozialdemokraten (26 von 34 Stimmen) auf den Kaufmann Wilhelm Kasperer in Mosbach, die seines Stellvertreters mit 23 von 34 Stimmen auf den Bürgermeister Otto Link in Ruda. Die Kreisversammlung hat in ihrer ersten Sitzung die Gewährung eines weiteren Zuschusses in Höhe von 2000 M für die Nebenbahn Redar-Bischhofshausen-Hüffenhardt mit 25 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Stillelegung der Bühleralbahn? Der Kreisrat Baden beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit den bei etwaiger Einstellung des Betriebes der Bühleralbahn zu ergreifenden Maßnahmen. Er beschloß, zunächst mit den interessierten Gemeinden Bühleralbahn und Altschweier und den Werken in Bühleralbahn in Verbindung zu treten.

Bei der Stadt Sparkasse Mannheim wurde in den letzten Tagen das 100.000. Reichsmark-Sparbuch ausgestellt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Wegen Verleumdung des Oberbürgermeisters Renner verurteilt

D.3. Mastatt, 21. Jan. Am 20. Januar hatte sich der verheiratete Kaufmann Arthur Wolff, früher Inhaber der Mastatter Herdfabrik Untel, F. Wolff und Zwielfelhof, vor dem Amtsgericht Mastatt zu verantworten. Der beklagte Wolff hatte am 9. August 1930 im Bürgerkeller hier in Anwesenheit mehrerer Gäste den Oberbürgermeister von Mastatt des öffentlichen Verleumdung und übler Nachrede zu einem Monat Gefängnis sowie zur Ertragung der Kosten verurteilt. Außerdem wurde einmalige Veröffentlichung im „Mastatter Tagblatt“ und in der „Mastatter Zeitung“ ausgesprochen.

Hd. Mannheim, 21. Jan. Wie aus Leiszig gemeldet wird, hat der erste Strafsenat des Reichsgerichts die Revision des Bankiers Konrad Thomas Fahlbold in Mannheim verworfen, die dieser gegen das Urteil der großen Strafkammer beim Landgericht Mannheim vom 23. Juli 1930 eingelegt hatte. Durch dieses Urteil war Fahlbold wegen fortgesetzten Vergehens gegen § 9 Abs. 1, wegen Vergehens nach § 9 des Depotgesetzes und Depotunterschlagung zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Durch die Verwerfung der Revision ist das Urteil rechtskräftig geworden.

D.3. Elzach, 20. Jan. Der in der Frischnau gelegene Hofhof oberhalb der Reismühle, wurde gestern nachmittags aus noch unbekannter Ursache ein Opfer der Flammen. Der Bauernhof, einer der ältesten der Gegend, brannte völlig nieder.

Hd. Freiburg, 20. Jan. Die Konsekration des neuen Bischofs der Diözese Rotten, Domkapitular Monsignore Dr. Gruber, wird in etwa drei Wochen durch Erzbischof Dr. Carl Fritz in Münster in Freiburg stattfinden.

D.3. Triengen, Amt Freiburg, 20. Jan. Bei der hiesigen Geschäftsstelle des Landwirtschaftlichen Vereins ist man bedauerlicherweise unordentlich auf die Spur gekommen. Die Buchführung des Rechners, der von seinem Amt zurückgetreten ist, gibt zu Beanstandungen Anlaß. Mancher Posten sind unklar und sonstige landwirtschaftliche Bedarfsartikel, die von der Geschäftsstelle abgeholt wurden, sollen nicht verbucht sein. Man spricht von einem erheblichen Fehlbetrag in der Kasse des Rechners.

Hd. Ludwigschafen, 20. Jan. Der sozialdemokratische Pfarrer Edert in Mannheim, dem das Sprechen in der öffentlichen Versammlung der Sozialdemokratischen Partei in Neustadt über „Die große Lüge des Nationalsozialismus“ durch die evangelische Kirchenbehörde Baden unterlag worden war, wollte dennoch am Mittwochabend im Neustädter Saalbau über das angeforderte Thema sprechen. Die Regierung der Pfalz hat aber die Versammlung verboten.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.
Errichtung einer 110-kV-Leitung von Schwärzdorf nach Rhina, hier Enteignung auf Gemarkung Sätlingen.

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 14. Januar 1931 Nr. 121, auf Grund des Enteignungsgesetzes ausgesprochen:

- Das Grundstück Lg. Nr. 592 der Gemarkung Sätlingen wird gegen vorgängige Entschädigung des Eigentümers zugunsten der badischen Elektrizitätsversorgung AG (Badenwerk) mit einer der Ausübung nach ganz oder teilweise übertragbaren beschränkt persönlichen Dienstbarkeit belastet. Der Grundstückseigentümer verpflichtet ist, die Benutzung des Grundstücks für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung einer oberirdischen Hochspannungs-Freileitung für die Dauer des Bestehens der Leitungsanlage zu gestatten und dafür Sorge zu tragen, daß auf dem Grundstück keine Gegenstände irgendwelcher Art, insbesondere keine Bäume oder Anpflanzungen, gehalten werden, welche die Leitungsanlage stören oder die beim Umfallen in beliebiger Richtung die Leitungsanlagen berühren können. Jedoch muß die Hochspannungsleitung so angeführt werden, daß es dem Grundstückseigentümer möglich ist, unter den Leitungsdrähten unbedenklich Gebäude in ortsüblichen Höhen zu errichten.
- Die Frist zur Einleitung des Entschädigungsverfahrens wird auf zwei Wochen festgesetzt.

Karlsruhe, den 20. Januar 1931.
Der Minister des Innern
J. Wittmann

Dem Landesverband badischer Gewerbe- und Handwerksvereinigungen in Heidelberg wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt.
Karlsruhe, den 20. Januar 1931.
Der Minister des Innern
J. Wittmann

Bekanntmachung.
Sammlungen.

Die dem Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen e. B. in Berlin W 9, Potsdamer Straße 128, erteilte Erlaubnis, im Lande Baden durch Verbescheiden und Auftrags eine Werbung zur Vermittlung von Rentenstellen und eine Sammlung zugunsten dieses Personenkreises vorzunehmen, wird bis zum 31. Dezember 1931 unter der Bedingung verlängert, daß der Reichsverband von jeder ermittelten Rentenstelle und Unterstützung den zuständigen Bezirksförderverband benachrichtigt.
Karlsruhe, den 20. Januar 1931.
Der Minister des Innern
J. Wittmann

Todes-Anzeige

Gestern abend ist unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Friedrich Lück

Baurat a. D.

im 79. Lebensjahre, nach schwerer Krankheit, wohl vorbereitet in die ewige Heimat abgerufen worden.

Freiburg i. Br., den 20. Januar 1931.
Erwinstraße 82

In tiefer Trauer:

Hilda Lück, Freiburg
Karl Junghanns, Forstrat, Radolfzell
Albert Junghanns, Forstreferendar, Villingen
Gretel Junghanns, Freiburg

Beerdigung: Donnerstag, den 22. Januar 1931, nachmittags 3 Uhr
Seelenamt: Freitag, den 23. Januar, vorm. 1/8 Uhr, in Maria-Hilf K. 919

Pforzheim

ist die Stelle eines

Rechtsrats

zu befehlen.

Die Stadt Pforzheim zählt 80.000 Einwohner und ist der Hauptsitz der deutschen Schmudwarenindustrie. Das Arbeitsgebiet des Rechtsrats umfaßt u. a.: die Leitung des Gemeindegerichts und Mieteinigungsamts, die Stellvertretung des Grundbuchamtsvorstands, die Erstattung von Rechtsgutachten, die Bearbeitung von Fragen aus der sozialen Fürsorge, die Bearbeitung von Klagen aus der sozialen Fürsorge und gemeindlichen Wohlfahrtspflege. Die Zuteilung weiterer oder anderer Arbeitsgebiete bleibt vorbehalten.

Befolung: Gruppe XII der Stadtbefolungsordnung (= Gruppe 2 b der Reichsbefolungsordnung, Ortsklasse A). Die Stelle gewährt Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung. Etwasige Ansprüche wegen Anrechnung früherer in gleichartiger Stelle zurückgelegter Dienstjahre sind im Bewerbungsschreiben anzugeben.

Gelegene Bewerber, die die Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst in einem der deutschen Länder erworben haben, wollen ihr Gesuch unter Beifügung eines Lebenslaufes und von Zeugnisabschriften binnen 3 Wochen bei dem Unterzeichneten schriftlich mit der Aufschrift „Bewerbung um die Rechtsratsstelle“ einreichen. Bewerber mit gründlicher Erfahrung im Gemeindegewerbe oder in Gemeindegewerbe erhalten den Vorzug. Persönliche Vorstellung ist nur auf besondere Aufforderung erwünscht.

Pforzheim, den 21. Januar 1931.

Der Oberbürgermeister.

N.242. Offenburg. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Georg Pfähler, Glasmanufaktur in Offenburg Inhaber Georg Pfähler jr. in Offenburg ist Termin zur Gläubiger-versammlung bestimmt auf: Dienstag, den 3. Febr. 1931 vormittags 9 1/2 Uhr vor dem Amtsgericht I Zimmer Nr. 6 mit folgender Tagesordnung: 1. Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen. 2. Berichterstattung des Konkursverwalters. 3. Etwasige Einstellung des Konkurses mangels Masse. 4. Etwasige Bestellung eines andern Konkursverwalters. 5. Etwasige Wahl anderer Gläubigerausschmittglieder. Offenburg, den 19. Januar 1931 Geschäftsstelle des Amtsgerichts I.

Schotterlieferung.

Das Bad. Wasser- und Straßenbauamt Donaueschingen vergibt in Einzellosen die Schotterlieferung (4.200 cbm) und Leergutlieferung (4.160 cbm) zur Unterhaltung der Land- und Kreisstraßen im Kreis Villingen für das Jahr 1931.

Angebote, wozu die Vorzüge von obigen Bauamt zu beziehen sind, sind verschlossen mit der Aufschrift „Schotterlieferung“ bis spätestens Dienstag, den 3. Februar 1931, 11 Uhr, dem Eröffnungszeitpunkt, beim Bauamt einzureichen. Zuschlagsfrist vier Wochen. N.243



Badisches Landestheater

Donnerstag, 22. Jan. 1931
* D 15. (Donnerstagsmiete)
Th.-Gem. III. S.-Gr.
2. Hälfte: und 601-700

Leben des Dreß

Große Oper von Stenel
Dirigent: Frips
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Blant, Fischbach, Grünwald, Seifert, Haberlein, Reich, Dödic, Winter, Krauß, J. Gröbinger, Hopf, Kalm, Bach, Reintwig, Cerner, Ritzsch, Schoepflin, Jillen, Fülle, Eich, Frohmann, G. Gröbinger, Allan, Ott, Rivinius

Anfang 19 Ende geg. 22
Preise C (1-7 M)

Fr. 23.1. Die schöne Helena. Sa. 24.1. Zu halben Preisen: Der Evangelmann. So. 25.1. Nachmittags: Das Ramm des Arnen. Abds.: Neu einstudiert: Die Bauerflöte. Im Kongertshaus: Zum erstenmal: Wie werde ich reich und glücklich. No. 26.1. Das Ramm des Arnen.

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATTER
DOSENHEIM A. & BERGSTE
LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

Städtische Sparkasse Schwellingen.

(Öffentliche Spar- und Kreditanstalt.)

Bilanz auf 31. Dezember 1930.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	31 956,31	1. Spareinlagen	5 040 037,16
2. Sorten	148,12	2. Giroeinlagen	388 069,05
3. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postämtern	701 074,33	3. Einlagen in laufender Rechnung	21 159,—
4. Wechselbestand	64 718,44	4. Bankverbindlichkeiten	22 406,78
5. Wertpapiere	154 275,—	5. Rücklagen	291 093,07
6. Kredite in laufender Rechnung	893 282,—	6. Reingewinn	97 642,67
7. Girokonto-überziehungen	15 409,31	Aufwertung:	
8. Darlehen auf Schuldscheine	391 782,20	7. Spareinlagen, aufwertet zu 22 1/2 Prozent:	2 376 281,84
9. Grundstückskaufgelder	12 115,33		
10. Darlehen gegen Kaufpfand	1 322,77		
11. Darlehen an Gemeinden	819 895,46		
12. Darlehen a. Hypotheken	2 804 231,44		
13. Landw. Zwischkredite	20 618,38		
14. Vorshüsse	720,95		
15. Rückstandszinsen	40 612,57		
16. Verwaltungsgebäude	1,—		
17. Beamtenwohngebäude	40 000,—		
18. Gerätschaften	1,—		
Aufwertung:			
19. Darlehen a. Hypotheken	1 607 541,97		
20. Wertpapiere	4,—		
21. Darlehen auf Schuldscheine	574,91		
22. Grundstückskaufgelder	32 357,07		
23. Darlehen an Gemeinden	467 744,09		
24. Gebäude in Heidelberg	26 183,31		
25. Rückstandszinsen	26 612,18		
26. Fehlbetrag an der Aufwertungsmaße	82 907,43		
	8 236 689,57		8 236 689,57

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8%, aus 5 449 265,21 RM = 435 941,20 RM
Vom Reingewinn für 1930 ist der Betrag von 48 906,93 RM der zur Zeit 281 093,07 RM betragenden ordentlichen Rücklage zuzuführen und errechnet sich somit die letztere auf 330 000,—
Fehlbetrag an der gesetzlichen Rücklage 105 941,20 RM
Außerdem besteht eine Sonderrücklage in Höhe von 10 000,—

Schwellingen, den 15. Januar 1931. R.240
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
Dr. Trautmann, Bürgermeister. Mayer, Direktor.

Inserieren bringt Gewinn!